

Anlage 1: Eigenerklärung des Bieters zur Eignung

Name und Anschrift des Bieters/ der Bietergemeinschaft

(im Fall von Bietergemeinschaften ist dieses Formular **von jedem Mitglied gesondert auszufüllen**):

.....

Anschrift des Bieters/des Mitglieds der Bietergemeinschaft:

.....

.....

.....

Name und Kontaktdaten des vertretungsberechtigten Ansprechpartners (ggf. der Bietergemeinschaft)

.....

.....

.....

.....

(Bei Bietergemeinschaften ist zusätzlich die von den Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterzeichnete Anlage 1a einzureichen.)

1. Angaben zur Berufshaftpflichtversicherung

Ich erkläre, dass mein/unser Unternehmen bei dem nachfolgend genannten Versicherer eine branchenübliche gültige Berufshaftpflichtversicherung besitzt:

Name des Versicherungsnehmers	
Name des Versicherungsunternehmens	
Versicherungssumme je Schadensfall * a) für Sach- und Vermögensschäden b) für Personenschäden	a) b)
Ggf. Erläuterungen	

* Haftung für Personenschäden unbegrenzt, für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von 4 Mio. EUR bei zweifacher Jahresmaximierung.

2. Handelsregisteranmeldung (wenn zutreffend bitte ankreuzen)

- ☐ Mein/Unser Unternehmen ist im Handelsregister unter folgender Nummer angemeldet:
.....
Auf Anforderung des Auftraggebers werde ich einen Handelsregisterauszug vorlegen.
- ☐ Ich bin/Unser Unternehmen ist nicht zur Eintragung verpflichtet.

3. Einsatz von Nachunternehmern / Eignungsleihe (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Ich/Wir werde/n die Leistungen ohne den Einsatz von Nachunternehmern erbringen.
- ☐ Ich/Wir beabsichtige/n, Nachunternehmer für die in Anlage 1b genannten Leistungen einzusetzen. Eine entsprechende Eigenerklärung zur Eignung des Nachunternehmers (Anlage 1) sowie eine unterschriebene Verpflichtungserklärung des/der Unternehmen(s) (Anlage 1c) liegen bei.
- ☐ Ich/Wir beabsichtige(n) zum Nachweis meiner/unserer Eignung in Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten der im Anlage 1b aufgeführten Unternehmen in Anspruch zu nehmen. Eine

entsprechend unterschriebene Verpflichtungserklärung des/der Unternehmen(s) (Anlage 1c) ist beigefügt.

4. Referenzen

In der Eigenerklärung zur Eignung (Anlage 1) haben die Bieter/die Bietergemeinschaft u.a. ihre Erfahrungen im Bereich der Aufgabenstellung durch die Angabe von Referenzen über vergleichbare Leistungen nachzuweisen.

Dazu sind **mindestens die nachfolgenden Referenzen über vergleichbare Leistungen** einzureichen. Als vergleichbar werden Planungsleistungen gem. § 43 HOAI bzw. § 55 HOAI (mind. Lph. 4 bis 8) angesehen, die die nachfolgenden Anforderungen erfüllen:

- Eine Referenz für die Planung einer Trinkwasserleitung aus PE oder GGG mit einem Innendurchmesser von mind. DN 300 über eine Mindestlänge von 500 Metern
- Eine Referenz für die Planung der Verlegung eines 20kV-Kabels (oder größer) von 150 Metern inkl. Projektierung und Ermittlung Einstellparameter zugehöriger Schutztechnik
- Eine Referenz für die Planung der Verlegung eines Glasfaserkabels von 150 Metern
- Eine Referenz zur Planung einer EMSR-Anlage (Verkabelung, Schaltanlage, Aufbau eines Automatisierungssystems wie zum Beispiel Siemens S7 oder gleichwertig)
- Eine Referenz zur Planung zum Bau einer Transformatorenstation (Bauteil)
- Eine Referenz über die Planung / Projektierung von 2 Transformatoren (mind. 6 kV) inklusive einer Mittelspannungsstation, 2 Pumpen (inklusive NS-Schaltanlage mit Frequenzumrichter, Automatisierungssystem und datentechnische Anbindung an ein bestehendes Leitsystem) mit einem Mindestgesamtvolumenstrom von 100 m³/h
- Eine Referenz über den Umbau / Erweiterung von Mittelspannungsanlagen mit min. 6 Abgängen und zugehörigen Staffelplan

Jede Anforderung muss in den Referenzen abgebildet werden. Eine Referenz kann mehrere Mindestanforderungen erfüllen. Die Referenzen müssen aus den letzten 5 Jahren sein (ab 09/2021).

Die Referenzen sind im Formblatt Referenzen (siehe unten) einzutragen.

Es sind zwingend jeweils alle Felder auszufüllen. Ansonsten wird die Referenz NICHT gewertet.

5. Nachweise/Angaben zum Qualitätsmanagement

(Zutreffendes **bitte** ankreuzen)

- ☐ Mein/Unser Unternehmen ist zertifiziert gem.
- ☐ Angaben zum Qualitätsmanagement füge ich auf gesonderter Anlage bei.

6. Angaben zum Umsatz

Jahr	2023	2024	2025
Gesamtumsatz in EUR			
Umsatz in EUR mit vergleichbaren Leistungen			

Hinweis: Der Mindestumsatz beträgt 500.000 EUR. Zum Nachweis sind die Bilanzauszüge auf Nachfrage vorzulegen.

7. Angaben zu den Mitarbeitern

(bei Bietergemeinschaften trägt jedes Mitglied nur die für sein eigenes Unternehmen geltende Mitarbeiterzahl ein)

Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten/Jahr	2023	2024	2025
Gesamt			
Anzahl Ingenieure oder vergl. Berufsqualifizierte Personen			
Architekt*Innen oder vergl. Berufsqualifizierte Personen			
Anzahl sonstiges fachliches Personal			

Hinweis: Es müssen mindestens 3 Ingenieure bzw. Personen mit gleichwertiger Berufsqualifikation nachgewiesen werden. Mindestens ein Ingenieur (oder vergleichbar) muss über fachliche Kenntnisse zur Planung von EMSR—Technik verfügen und nachweisen. Die Angaben sind unter 8. unten anzugeben.

Bei Bietergemeinschaften / dem Einsatz von Nachunternehmern bzw. Anwendung einer Eignungsleihe addieren sich die angebotenen Mitarbeiter. Die Anzahl muss also insgesamt nachgewiesen werden.

Eine namentliche Benennung der Mitarbeiter ist nicht erforderlich.

8. Nachweis der Berufsqualifikation für Planungsleistungen

Nachweis der Berufsqualifikation „Ingenieur“ oder gleichw. in Anlehnung an § 75 (2) VgV

Hinweis: Es sind alle geforderten Planungsbereiche nachzuweisen

Lfd. Nr.	Name der Person	Angaben zu den Kenntnissen / Zertifizierung und Berufserfahrung
1		
2		
3		
4		
5		

9. Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

(bitte jeweils ankreuzen, wenn zutreffend)

- ☐ Ich/Wir erkläre/n, dass keine Person, deren Verhalten mir/uns zuzurechnen ist, wegen eines im Folgenden genannten Straftatbestandes oder wegen mehrerer dieser Straftatbestände rechtskräftig verurteilt ist:
- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - c) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - d) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
 - e) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
 - f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 - g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

- j) den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

- ☐ Soweit ich Leistungen auf Nachunternehmer übertrage, verpflichte ich mich, dem Nachunternehmer die für mich geltenden Pflichten aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch den Nachunternehmer zu überwachen.
- ☐ Ich/Wir erkläre/n, dass keine der nachfolgenden fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 Abs.1 Nr.1, Nr. 3 - 9 GWB in Bezug auf meine/unsere Person/en oder das Unternehmen vorliegen. Der Auftraggeber behält sich einen Ausschluss unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit vor, wenn
- a) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - b) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
 - c) der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - d) ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - e) eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 - f) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - g) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 - h) das Unternehmen
 - a. versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

- b. versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
- c. fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Ich/Wir erkläre/n, dass über mein/unser Unternehmensvermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
- ☐ Ich/Wir erkläre/n, dass sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt. Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung der Beiträge zu den Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften nachgekommen sind und auch weiterhin nachkommen und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt.
- ☐ Ich/Wir erkläre/n, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) nicht vorliegen.
- ☐ Ich/Wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen auch im Übrigen keine schwere Verfehlung begangen hat, welche die Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

10. Erklärung zu Maßnahmen zur Selbstreinigung (sofern ein Ausschlussgrund vorliegt)

- ☐ Ich/wir erklären, **dass ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB vorliegt** und ich / wir die erforderlichen **Maßnahmen zur Selbstreinigung** nach § 125 GWB vorgenommen habe/n.

Zur Prüfung für den öffentlichen Auftraggeber reichen wir die entsprechenden Nachweise mit dem Teilnahmeantrag ein.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Auftraggeber vor Auftragserteilung den Nachweis der in dieser Erklärung gemachten Angaben durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen verlangen kann.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich bin mir bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe im Rahmen des Verfahrens:

- den Ausschluss von diesen Vergabeverfahren zur Folge hat.
- den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Datum/Unterschrift Bieter / Mitglied Bietergemeinschaft

.....

.....

Formblatt Referenzen

Referenz Nr.	
Name und Anschrift des Auftraggebers	
Name des Ansprechpartners/Kontakt-daten	
Projektbezeichnung, Projektbeschreibung bzgl. Vergleichbarkeit	
Leistungsbild(er)	
Planungszeitraum Inkl. der Angaben zu den relevanten Leistungsphasen	
Beauftragung als Haupt-/Nachunternehmer	
Erbrachte Leistungen angelehnt an die HOAI	LP 4 LP 5 LP 6 LP 7 LP 8
Sonstige Anmerkungen	

(Seite für die Angabe weiterer Referenzen ggf. bitte kopieren.)